

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Halo Saibold, Gila Altmann (Aurich), Dr. Manuel Kiper, Albert Schmidt, (Hitzhofen), Ursula Schönberger und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu dem Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung,
Technologie und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuß) gemäß § 56 a
der Geschäftsordnung
– Drucksache 13/9446 –**

**Technikfolgenabschätzung
hier: „Entwicklung und Folgen des Tourismus“**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) auf Initiative des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus vom Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung beauftragt wurde, eine Untersuchung zum Thema „Entwicklung und Folgen des Tourismus“ zu erarbeiten. Der vorliegende Bericht ist der Abschlußbericht der ersten Phase und liefert in hervorragender Qualität erstmalig eine umfassende Analyse des Tourismus und seiner Folgen. Der Schwerpunkt liegt auf den fünf Themen Wirtschaft, Umwelt, Motive und Einstellungen der Verbraucher, Technik und Politik.

Der TAB-Bericht liefert außerdem wertvolle Hinweise dafür, wie die Politik und insbesondere die Bundesregierung ihrer Verantwortung für eine zukunftsverträgliche Tourismuspolitik besser gerecht werden kann. Da der Bericht ein interessen- und parteiunabhängiges Gutachten darstellt, sollte sich die Politik auf allen Ebenen eingehend mit den darin enthaltenen Empfehlungen für die Tourismuspolitik befassen.

Der Bericht kritisiert insbesondere folgende Schwachstellen der bisherigen Tourismuspolitik:

1. Auf Bundesebene fehlt ein tourismuspolitisches Gesamtkonzept. Notwendig wäre eine themen- und ressortüber-

greifende Tourismuskonzeption, die Chancen und Grenzen der Tourismusentwicklung aufzeigt, ein Leitbild formuliert und beschreibt, mit welchen Maßnahmen die tourismuspolitischen Ziele erreicht werden könnten.

2. Die Tourismusforschung verfügt über kein gesichertes Datenmaterial. Die amtliche Statistik ist ungenügend, und es gibt keine Vergleichbarkeit mit Statistiken von internationalen Gremien.
3. Tourismuspolitik wird bisher einseitig als Wirtschaftspolitik betrieben. Die notwendige Einbeziehung der gesellschaftlichen und ökologischen Dimension kommt dadurch zu kurz.
4. Auf Bundesebene sind innerhalb der Ministerien tourismuspolitische Aktivitäten stets Nebenaktivitäten. „Tourismuspolitik“ im Sinne einer gut koordinierten, abgestimmten Politik gibt es nicht. Die Kompetenzen sind zu stark aufgeteilt, und Strukturen der Koordination sind nicht angemessen entwickelt.
5. Die mit Tourismus befaßten Stellen in den Ministerien sind, gemessen an der wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Bedeutung des Tourismus, durchgehend personell zu gering ausgestattet.
6. Die Bund-Länder-Koordination der Tourismuspolitik konzentriert sich nur auf die wirtschaftspolitischen Fragen. Eine integrierte Bund-Länder-Koordination, die beispielsweise auch die umweltpolitischen Aspekte des Tourismus einbezüge, fehlt.
7. Es gibt keine eigenständige Tourismusförderung. Die Verquickung der Tourismusförderung mit den Instrumenten der Strukturförderung und der Mittelstandsförderung führt in der Praxis nicht selten zu sowohl tourismuspolitischen als auch ökonomisch fragwürdigen Ergebnissen. Die Förderung wird zu selten evaluiert.
8. Die von verschiedenen Bundesministerien geförderte Forschung zum Tourismus wird nicht ressortübergreifend abgestimmt. Doppelarbeit und fehlende Synergieeffekte sind die Folge. Generell ist die tourismusrelevante Forschung nicht auf der Höhe der Zeit.

Diese gravierenden Defizite der Tourismuspolitik dürfen von der Bundesregierung nicht länger ignoriert werden. In den Anträgen „Regierungsprogramm für einen zukunftsfähigen Tourismus“ (Drucksache 13/5213), „Institutionelle Stärkung einer zukunftsverträglichen Tourismusentwicklung“ (Drucksache 13/5785) und „Förderung des Tourismus neu gestalten“ (Drucksache 13/8107) hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit 1996 immer wieder zentrale Forderungen für die Tourismuspolitik formuliert, die nun im TAB-Bericht von unabhängiger Seite bestätigt werden. Auch beim „Tourismusgipfel“ auf dem Petersberg im Herbst 1997 wurde die Konzeptionslosigkeit und mangelnde Koordinierung der Tourismuspolitik in

Deutschland von prominenter Seite kritisiert. Ein „Weiterwursteln“ wie bisher ist angesichts der ökologischen Gefahren und der Krise der deutschen Tourismuswirtschaft nicht länger tolerierbar.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. mit den Vorarbeiten für ein touristisches Gesamtkonzept, das den Erfordernissen einer zukunftsverträglichen Tourismusentwicklung gerecht wird, sofort zu beginnen;
2. eine ständige interministerielle Koordinierungsstelle für Tourismusfragen in der Bundesregierung einzurichten;
3. die Personal- und die Finanzausstattung der für Tourismus zuständigen bzw. tourismusrelevanten Referate in allen Ministerien durch Umschichtung aus anderen Aufgabenbereichen zu erhöhen;
4. für eine verbesserte Datenlage Sorge zu tragen und für Transparenz im internationalen Bereich einzutreten;
5. die Tourismuspolitik stärker als bisher am Ziel einer umwelt- und sozialverträglichen Tourismuspolitik zu orientieren;
6. eine Bund-Länder-Koordinierungsstelle für Tourismus einzurichten, die alle tourismusrelevanten Fachbereiche integriert und nicht einseitig unter wirtschaftspolitischen Zielsetzungen betreut;
7. die Struktur- und Mittelstandsförderung so zu reformieren, daß
 - a) die regionale Kooperation unabhängig von Verwaltungsgrenzen in den Tourismusregionen gefördert wird,
 - b) die Vergabekriterien den ökologischen und qualitativen Erfordernissen gerecht werden;
8. dafür zu sorgen, daß ein interdisziplinäres problem- und praxisorientiertes Forschungsprogramm „Tourismus als Bedürfnis- und Handlungsfeld“ aufgelegt sowie eine intensive Berücksichtigung des Tourismus in der Arbeit der Räte und Beiräte der Bundesregierung erreicht wird.

Bonn, den 4. Februar 1998

Halo Saibold

Gila Altmann (Aurich)

Dr. Manuel Kiper

Albert Schmidt (Hitzhofen)

Ursula Schönberger

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

